

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 71 (1977)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Rhodesien seit Cecil Rhodes : Teil I  
**Autor:** Kremos, Helen  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-142679>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 27.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Rhodesien seit Cecil Rhodes

## I.

Jetzt wo in Rhodesien nach unzähligen Vermittlungsversuchen — insbesondere seitens Großbritanniens — eine Aussicht auf eine friedliche Beilegung der zugespitzten Probleme sich noch nicht abzeichnet, soll mit den nachfolgenden Ausführungen der Aufstieg und Abstieg der britischen Kolonie Rhodesien, der chronologische Verlauf der Geschehnisse, die schließlich in der heutigen bedrohlichen Krisensituation ausmündeten, dargelegt werden. Rückblickend ist festzustellen, daß der Gang der Ereignisse sozusagen zwangsläufig eine Folge der Sonderstellung ist, die Rhodesien unter den britischen Kolonien in Afrika einnahm. Die Frage stellt sich, warum es in den andern schwarzafrikanischen Kolonien innerhalb eines Jahrzehnts zu Mehrheitsregierungen kam, und nicht in Rhodesien. (Ghana 1957 erste unabhängige Kolonie).

Die nicht abbrechende Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und Rhodesien (von den Schwarzen Zimbabwe genannt, nach einer Ruinenstadt im Südosten des Landes), wie auch die wachsende Aktivität des bewaffneten Befreiungskampfes der schwarzen Rhodesier hängt zusammen mit der Entwicklung der Verfassungsgeschichte in Rhodesien. Die Afrikaner haben zwar schon in der Frühzeit der Siedlerinvasion in Rhodesien in den Jahren vor der Jahrhundertwende heftige Kriege gegen die weißen Invasoren geführt, doch waren dies einfach Widerstandskämpfe und nicht revolutionäre Kriege zur Erlangung der politischen Macht.

Der Konflikt zwischen Weiß und Schwarz begann 1888 als Cecil Rhodes, Premierminister der britischen Kapkolonie, mit König Lobengula des Matabele-Reiches einen raffinierten Vertrag über Bergbaukonzessionen um einen Spottpreis abschloß, mit der Verpflichtung niemandem ohne britische Einwilligung Land abzutreten. Das Matabele Land geriet darnach unter die Kontrolle der durch Rhodes gegründeten «British South Africa Compagny». 1890 hißte Cecil Rhodes den Union Jack an der Stelle, wo sich heute die Hauptstadt Salisbury befindet. 1893 erhielt Rhodes durch einen königlichen Charter (Freibrief) alle Hoheitsrechte in diesem riesigen, dünn besiedelten schwarzafrikanischen Gebiet. 1893 und 1896 kam es zur blutigen Niederwerfung der Eingeborenenaufstände. 1908 entschieden die weißen Rhodesier in einer Volksabstimmung gegen den Anschluß an Südafrika, das ein selbständiges Dominion wurde. Rhodesien wurde 1923 britische Kronkolonie mit Selbstverwaltung. Großbritannien ließ die weiße Verwaltung gewähren, auch als die damaligen 40000 weißen Siedler in einer Landzuteilungsverordnung sich den be-

sten Boden aneigneten und den Afrikanern den Hausbesitz in den Städten verboten. So etablierte sich eine weiße Siedlerdiktatur. Das Wahlergebnis der Parlamentswahlen von 1958 zeigte einen deutlichen Machtzuwachs der rechtsextremen Gruppe der weißen Siedler in Rhodesien. 1961 trat eine neue Verfassung in Kraft, in welcher nur noch von einem ungenau definierten Einspracherecht Großbritanniens die Rede war. Diese Verfassung, die nur eine kleine Vertretung von Schwarzen im Parlament vorsah, verankerte die Vorherrschaft der Weißen (damals 220 000) über die vier Millionen Afrikaner (heute über 6 Millionen). Wahlberechtigt waren nur Rhodesier mit einem bestimmten Mindesteinkommen und Bildungsniveau. In der Folge gelang es den rechtsextremen Parlamentariern alle liberalen Tendenzen abzuwürgen. Die drei gemäßigt progressiven Premierminister Todd, Whitehead und Field, die vor einem letzten Bruch mit London zögerten, wurden aus dem Amt verdrängt. Die «Rhodesische Front» (in der Hauptsache weiße Farmer) gelangte durch ihr Wahlversprechen an die Macht, die Unabhängigkeit unter weißer Vorherrschaft ohne Zugeständnisse an die Schwarzen zu bewerkstelligen. Die von England versuchte schrittweise Einführung einer multirassischen, demokratischen Gesellschaft war damit zunichte gemacht. 1964 wurde Ian Smith Premierminister. Die extrem konservative «Rhodesische Front» wurde zur stärksten Partei der Weißen. Die weiße Regierung nahm jetzt die politische Ausschaltung der schwarzen militanten Rhodesier an die Hand. Ein verschärftes Polizeiregime trat in Kraft. Die schwarzen Organisationen ZANU (Zimbabwe African National Union) und ZAPU (Zimbabwe African People's Union) wurden verboten und ihre Führer, unter ihnen Joshua Nkomo, verhaftet und zu Zwangsaufenthalt verbannt. Nkomo, Führer der Zapu (später Anwärter auf das schwarze Premierministeramt) ist der älteste Nationalistenführer; er hat sich während seinem späteren zweijährigen Exil und der zehnjährigen Haftzeit in Rhodesien zu einer prominenten, engagierten politischen Führerfigur entwickelt. Die Stämme der Matabele und Kalangas halten zu Nkomo; er erhält aber auch Unterstützung von außen. In Sambia, wo ihm der Präsident Kaunda wohlgesinnt ist, bildet er gegenwärtig seine Guerillatruppen aus; Waffenhilfe erhält er nach eigener Aussage aus dem Ostblock.

Bald zeichnete sich ab, daß das rhodesische Parlament sein Geschick in die eigene Hand zu nehmen gedachte. Eine Volksabstimmung sollte über die Unabhängigkeit entscheiden. Ian Smith hatte sich 1965 an einem geheimen Treffen der Führer der «Rhodesischen Front» verpflichtet, die Ablösung vom Mutterland Großbritannien bis Ende des Jahres vorzunehmen. Die britische Labourregierung unter der

Führung von Premier Harold Wilson drohte mit Sanktionen für den Fall einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung. Als letzter Versuch einer Verständigung flog Wilson nach Salisbury. In den Verhandlungen mit Smith forderte die Labourregierung den Abbau rassistischer Diskriminierung, rasche Volksbildung, mehr Land für die schwarze Bevölkerung und einen garantierten stufenweisen Uebergang zur farbigen Mehrheitsregierung in angemessener Zeit. Diese Forderung wurde im gleichen Sinn auch durch eine UNO-Resolution unterstützt. Den Vorschlag Wilsons, eine Commonwealth-Mission nach Rhodesien zu entsenden, lehnte Smith ab. Die Gespräche führten zu nichts. Smith erklärte am Schluß: «Wir haben uns nur darüber einigen können, daß wir nicht übereinstimmen. . . Rhodesien wird eher kämpfen als auf Händen und Füßen kriechen.»

Unter dem Druck der weißen Extremisten erklärte die Regierung Smith am 11. November 1965 einseitig die Unabhängigkeit Rhodesiens (Unilateral Declaration of Independence, UDI). Damit wurde die Kolonie Rhodesien zum Rebellen der britischen Krone. Rhodesien entwickelte sich jetzt zu einem Polizeistaat. Der Notstand wurde ausgerufen.

Von der UNO wurde die einseitige Unabhängigkeitserklärung mit 107 gegen 2 Stimmen (Südafrika und Portugal) verurteilt. Großbritannien reagierte mit der wirtschaftlichen Blockade.

Im rhodesischen Parlament, wo über das Unabhängigkeitsgesetz abgestimmt wurde, waren 48 Abgeordnete dafür, 2 dagegen. Die «Organisation für Afrikanische Einheit» (OAU) beschloß in ihrer Rhodesiendebatte in Adis Abeba im März 1966, die rhodesischen Befreiungsbewegungen finanziell zu unterstützen.

Bald zeigte es sich, daß die wirtschaftlichen Sanktionen das Smith-Regime nicht zu brechen vermochten. Die rhodesische Wirtschaft fügte sich mehr und mehr in das südafrikanische System ein. Treibstoff und andere Importgüter fanden ihren Weg über Südafrika und die damalige portugiesische Kolonie Moçambique. Trotz des 1968 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängten totalen Wirtschaftsboykotts florierte der Außenhandel. Viele Länder, unter ihnen die Schweiz, waren dazu übergegangen, ihren Handel mit Rhodesien über Drittländer abzuwickeln. Die Wilson-Regierung konnte sich trotz dem starken Druck afrikanischer Staaten (Austrittsdrohungen aus dem Commonwealth) nicht zu einer militärischen Intervention in Rhodesien entschließen. Dagegen arbeitete sie sechs Grundsätze als Basis für weitere Gespräche mit der rhodesischen Regierung aus. Die Voraussetzung für London war die Absicht ungehinderten Fortschritts auf dem Weg zur Mehrheitsregierung. Es kam nun zweimal zu persönlichen Gesprächen zwischen Wilson und Smith auf den britischen Kriegsschif-

fen «Tiger» im Dezember 1966 und «Fearless» im Oktober 1968 (beide Male vor Gibraltar). Die zähen Verhandlungen führten wiederum zu keiner Einigung. Nach Rhodesien zurückgekehrt, verkündete Smith: «Der Kampf geht weiter». Ian Smith und sein Siedlerregime waren entschlossen, die Macht nicht abzutreten. Ihre Politik verhärtete sich Schritt für Schritt. Am 20. Juni 1969 entschieden sich die Rhodesier für eine neue Verfassung (mit einer Apartheid-ähnlichen Politik) und für die Ausrufung der Republik. Am 3. März 1970 brach die halbautonome, ehemalige britische Kolonie endgültig mit der britischen Krone; die Republik Rhodesien wurde ausgerufen. In einer Radioansprache wies Smith jedweden Versuch zur Einführung einer Mehrheitsregierung eindeutig zurück. Nachdem bald darauf in England die Konservativen mit Premierminister Heath an die Macht gekommen waren, kamen wieder Gespräche in Gang. Außenminister Douglas Home und Smith handelten in Salisbury einen Plan aus, der die Abtretung der Regierungsgewalt vorsah, allerdings ohne Nennung eines Termins. Smith wollte sich damit die Anerkennung der britischen Regierung zur erfolgten Unabhängigkeit Rhodesiens und die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen erkaufen. England stellte die Bedingung, daß das ausgehandelte Abkommen erst Gültigkeit haben sollte, wenn es von der Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung akzeptiert würde. Eine britische Kommission unter Lord Pearce führte darauf eine acht Wochen dauernde Meinungsumfrage in Rhodesien durch. Diese wurde durch die rhodesische Regierung erschwert, oder blockiert: Ausrufung des Notstandes, Versammlungsverbote, Beschlagnahme der von der Kommission ausgegebenen Formulare, Verhaftungen (Hundert) worunter sich die schwarzen Führer Nkomo und Sithole befanden und der frühere rhodesische Premier Garfield Todd und seine Tochter, die aktiv an der Kampagne gegen das Abkommen teilnahmen. In England erregten sich die Gemüter wegen eines Einreiseverbots für eine Beobachtergruppe von Vertretern aller englischen Parteien. Das alles war zu viel für Lord Pearce. Er erklärte, daß für die Arbeit seiner Kommission die normale politische Tätigkeit nicht gewährleistet sei. Es kam zu Aufständen in den schwarzen Gebieten mit Toten (offiziell 14) und vielen Verletzten. In dieser bewegten Zeit einigten sich — auf Druck der OAU — die zerstrittenen Befreiungsbewegungen zur Konstituierung des «Afrikanischen Nationalrates» (ANC) unter Führung des Methodistenbischofs Abel Muzorewa und andern prominenten Nationalisten in der Exekutive, was den einheitlichen Widerstand der schwarzen Rhodesier ermöglichte.

London veröffentlichte das Ergebnis der Pearce-Umfrage am 23. März 1972. Es war unmißverständlich: 1. ein massives, uneinge-

schränktes Nein der afrikanischen Bevölkerung; 2. ein tiefgreifendes Mißtrauen der Afrikaner gegenüber der Glaubwürdigkeit der Smith-Regierung. Der Johannesburgener «Star» schrieb damals, daß das Grundkonzept der rhodesischen Innenpolitik in Stücke zerrissen wurde.

Ian Smith hat den Bericht in einem Fernsehinterview als naiv, unverantwortlich und lächerlich abgetan. Vom «Afrikanischen Nationalrat», ANC, und von der Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung (mit Ausnahme der Häuptlinge, die im Sold der Regierung stehen) erhielt der Bericht einhellige Zustimmung.

Londons Rhodesienpolitik war wieder einmal in eine Sackgasse geraten, doch hinter den Kulissen ging das Katz- und Mausspiel weiter. Die Besuche britischer Diplomaten in Rhodesien rissen nicht ab.

In Salisbury trat die Regierungspartei, die «Rhodesische Front» zu einem erbitterten Kampf um ihr politisches Ueberleben an. Jeder Ansatz zu einer mehrrassigen Gesellschaft wurde beseitigt. Das bedeutete «Getrennte Entwicklung» für Schwarz und Weiß. Langfristig plante die Regierung, die Stammesgebiete, in denen drei Viertel der afrikanischen Bevölkerung lebt, in «Afrikanische Provinzen» (Tribal Trust Lands) umzuwandeln, versehen mit Provinzregierungen, sozusagen Filialen der entsprechenden Ministerien in Salisbury, wobei die Machtbefugnisse bei der Zentralregierung in der Hauptstadt Salisbury verbleiben sollten. Es ging bei diesem Konzept in der Hauptsache um eine weitgehende territoriale Trennung der Lebensbereiche nach ethnischen Gesichtspunkten, in deutlicher Anlehnung an die «Bantustan-Politik» (Heimatländer) Südafrikas. Mit diesem Kunstgriff sollte — in Zusammenarbeit mit einer privilegierten schwarzen Elite — der Uebergang zur Mehrheitsregierung in eine ferne Zukunft verschoben werden.

Ian Smith begann in der Folge bilaterale Gespräche mit dem als gemäßigt geltenden schwarzen Führer des «Afrikanischen Nationalrates», Bischof Muzorewa, den er bisher als «Revoluzzer im Kirchengewand» abgelehnt hatte. Muzorewa versteht sich als einen unabhängigen, weder partei- noch stammgebundenen Führer. Er sagte einmal: «Krieg bedrückt mich, aber noch mehr bedrückt mich, daß mein Volk für immer geknechtet und ausgebeutet sein soll.» Während seines fünfjährigen Studienaufenthalts (Theologie, Philosophie, Psychologie) in den USA (1958-1963) ist sein Interesse an Politik gewachsen. Muzorewa gilt als Politiker, der eine Schlichtung am Verhandlungstisch vorzieht, der glaubt, die Afrikaner könnten ihr Endziel, die Mehrheitsregierung besser in Etappen erreichen. Die langwierigen Verhandlungen mit Smith waren nutzlos. In einem Interview sagte Muzorewa: «Man kann ebensogut ein totes Pferd schlagen (flogging a dead horse), als weitere

Gespräche mit Smith führen. Nach Aussagen weißer und schwarzer Verhandlungspartner zu schließen, gilt Smith als verschlagen, kaltblütig, hartnäckig, als ein Experte im Reden, immer darauf aus, Zeit zu gewinnen, um seine gesteckten Ziele zu erreichen. Von seinen rhodesischen Parteifreunden kennt man den Ausspruch: «Good old Smithy wird es schon schaffen.»

Im nächsten Heft der «Neuen Wege» werden wir auf die Vorkommnisse der letzten Jahre bis heute eingehen. Helen Kremos

## Ernst Bloch zum Gedenken,

dem großen Hoffenden, jenseits des tradierten Glaubens, doch den Glaubenden nahe und der Verheißung der neuen Erde, dem Forscher im «Experimentum Mundi», dem Sucher nach einer Praxis und dem Willen zur Freiheit und Heimat des Menschen.

«Der Mensch lebt noch überall in der Vorgeschichte, ja alles und jedes steht noch vor Erschaffung der Welt, als einer rechten. **Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende**, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.» (Aus: «Das Prinzip Hoffnung».)

«Wo immer Existieren seinem Kern nahe kommt, beginnt Dauer, keine erstarrte, sondern eine, die Novum ohne Vergänglichkeit, ohne Korruptierbarkeit enthält. Erst wenn der Prozeß des sich herausobjektivierten, zu seinem Eigentlichen sich materiell entwickelnden Agens zu einem absoluten Umsonst gekommen wäre, würde der Tod den Kern der Natur treffen, der Menschen im Herzen ist. Er hätte dann erst die Macht darüber, die er über den Lebensüberschwang im Menschen, als das noch Ungetane, nicht hat. Derart erfüllt sich Epikurs altes Wort, daß wo der Mensch ist, der Tod nicht ist, und wo der Tod ist, der Mensch nicht ist.» (Aus «Das Prinzip Hoffnung».)

«Die Menschen sind nicht fertig, also auch ihre Vergangenheit nicht. Sie arbeitet unter anderen Zeichen mit uns weiter, im Trieb ihrer Fragen, im Experiment ihrer Antworten; wir sitzen alle im gleichen Boot. Die Toten kehren verwandelt wieder: die, deren Tat zu kühn war, um zu Ende gekommen zu sein (wie Thomas Münzer); die, deren Werk